

Klassenorientierte Gewerkschaftsarbeit gegen rechts

Cinzia della Porta

Vortrag beim Kongress *Faschismus zurück in Europa?* organisiert vom Zetkin Forum for Social Research vom 20.-22. Juni 2025. Eine Aufzeichnung des Vortrags wurde Online veröffentlicht: <https://youtu.be/F8bhfBrqi5Y>

Ich gehöre zu USB (Unione Sindacale di Base), einer italienischen Gewerkschaft. Wir sind klassenorientiert und -kämpferisch, antifaschistisch, antiimperialistisch und internationalistisch. Wir sind Mitglied der WFTU (*World Federation of Trade Unions*, Weltbündnis der Gewerkschaften) und innerhalb der WFTU sind wir Mitglied des Sekretariats. Wir koordinieren die europäische Regionalstruktur und stellen einen Vertreter im Sekretariat für Transport, öffentlichen Dienst und Jugend. Ich betone unser Engagement in den verschiedenen Strukturen des WFTU, weil Internationalismus ein wesentliches Element einer klassenorientierten Gewerkschaft ist. Dies ist besonders wichtig in Zeiten des Krieges, in denen die internationale Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung des Krieges und der sich abzeichnenden apokalyptischen Szenarien spielen kann.

Mit meinem Beitrag zu diesem Forum möchte ich die enge Verbindung zwischen dem aktuellen reaktionären Wandel und den neoliberalen Maßnahmen hervorheben, die von linken und rechten Regierungen in den letzten dreißig Jahren durchgesetzt wurden. Es ist wichtig, die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Faktoren zu lenken, die hinter dem erneuten Erfolg der extremen Rechten stehen. Die „antifaschistischen“ Erklärungen und die Unterstützung für Austeritätsmaßnahmen, Privatisierungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Druck auf die Löhne, die von linken und technokratischen Regierungen in ganz Europa konsequent verfolgt wurden, haben den Weg für den Vormarsch der extremen Rechten geebnet.

Zunächst einmal zu einigen allgemeinen Bestandteilen unserer Analyse. Wir sprechen schon seit einiger Zeit über die Zuspitzung von Widersprüchen und einer rasanten Politisierung. Man konnte das in den letzten Monaten ganz deutlich beobachten: Auf internationaler Ebene finden eine Politisierung und Zuspitzung von Widersprüchen mit einer daraus folgenden politischen Konzentrierung statt; in den entwickelten kapitalistischen Ländern entwickelt sich eine beispiellose wirtschaftliche und soziale Krise, eine systemische Krise; die Europäische Union, der EU-Käfig, ist als imperialistischer Pol im Aufbau.

Dreißig Jahre neoliberale Angriffe auf die Arbeiterklasse

Ich beginne mit dem Jahr 1989, das als das Ende der Geschichte ausgegeben wurde. Man sagte: Es gibt keine Alternative. Folgende Ereignisse bestimmten die Zeit:

- der Beginn der Globalisierung, Standortverlagerungen, die Verlagerung von Produktionsketten nach Osten, wodurch dem kapitalistischen System in der Krise durch die Produktion Sauerstoff zugeführt wurde (Masse an ausbeutbarer Arbeitskraft), was aber auch zu einer Fragmentierung der Klassen führte. Die Produktion der Peripherien wird an das Zentrum verkauft; die Arbeiterklasse ist gespalten. In den westlichen Ländern nimmt die Zahl der Fabrikarbeiter ab, jedoch steigt weltweit die Zahl der Lohnempfänger.

- eine Akzeptanz der Niederlage und der Orientierung auf eine Politik des Kompromisses durch kommunistische Parteien und klassenorientierte Gewerkschaftsorganisationen wie die CGIL in Italien.

Es wurde versucht, durch die finanzielle und neoliberale Globalisierung der Marktwirtschaft aus der Krise herauszukommen. Es entstand ein Reservoir an Niedriglohnarbeitern.

Die ersten wirklichen Anzeichen einer Krise, die die Merkmale einer Finanzkrise annahm, lassen sich in der Hypothekenkrise von 2007 erkennen. Dahinter stand jedoch genau diese Finanzialisierung, mit deren Hilfe versucht wurde das Problem zu überwinden, die Wertschöpfungsprozesse auf Basis der traditionellen industriellen Produktion fortzusetzen.

1992 nahmen Maastricht und die EU Gestalt an; ein weiterer imperialistischer Pol wurde konsolidiert, der bis heute im Aufbau begriffen ist.

Wir bezeichneten die von 1992 bis heute durchgeführte Lohnpolitik als einen 30-jährigen Krieg.

Jahrzehntelange Rückständigkeit haben dazu geführt, dass heute der Lohn von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch nationale Tarifverträge auf unter sieben Euro brutto pro Stunde festgesetzt ist. Hinzu kommt eine ständige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zwischen Prekarität, Flexibilisierung, Arbeitsverdichtung, obligatorischer Teilzeitarbeit, willkürlichen Entlassungen und immer schlechteren Bedingungen für die Sicherheit am Arbeitsplatz.

In den letzten Jahrzehnten wurden soziale Rechte wie das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Wohnraum, das Recht auf öffentliche Bildung und das Recht auf effiziente öffentliche Verkehrsmittel zunichte gemacht. Wir stehen vor einem Panorama der Trümmer, der sozialen und ökologischen Verwüstung, die durch den Krieg noch verstärkt wird.

Blutbefleckt kämpfen wir um das Licht am Ende des Tunnels, das nur durch ein robustes, entschlossenes und hartes Vorgehen der Arbeiterbewegung und der Volksmassen erreicht werden kann.

Das als Abkommen vom 23. Juli 1993 in die Geschichte eingegangene „Protokoll über Einkommens- und Beschäftigungspolitik, Vertragsstrukturen, Arbeitspolitik und Unterstützung des Produktionssystems“ (Ciampi-Giugni-Protokoll) stellt nach wie vor einen Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gegenoffensive der Arbeitgeber dar. Es ist kein Zufall, dass die Lohnentwicklung in Italien im Vergleich zu anderen „entwickelten“ Ländern ein Minuszeichen aufweist, wenn man die Kaufkraft dieser Jahre berechnet.

Ein zwischen den Gewerkschaftsverbänden CGIL, CISL und UIL ausgehandeltes und unterzeichnetes Abkommen, das eindeutig eine Umverteilung zugunsten der Bosse und der Finanzwelt markierte, einen enormen Abfluss von durch Arbeit erzeugtem Reichtum in Richtung Profit und Finanzrenditen.

Ein Abkommen, das konkret die Geld- und Wirtschaftspolitik des ein Jahr zuvor unterzeichneten Vertrags von Maastricht umsetzte. Dieser legte die politischen Regeln sowie die wirtschaftlichen und sozialen Parameter fest, die für den Beitritt der verschiedenen Staaten zur Europäischen Union erforderlich waren.

All dies unter weiterer Erpressung durch Brüssel, den damaligen Währungsausschuss der EWG, um die Auszahlung der zweiten Tranche des 8-Milliarden-ECU-Kredits (der virtuellen Währung der EU vor der Einführung des Euro) an Italien zu blockieren.

Die Parameter basierten vollständig auf einem ultraliberalen und de facto antisozialen Rahmen: von der Reduzierung der öffentlichen Schulden bis hin zur Senkung der Inflation. Diese Kriterien führten zu Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen, Lohn- und Rentenkürzungen, Privatisierungen und Liberalisierungen wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen, begleitet von einer Einschränkung der gewerkschaftlicher Rechte (angefangen bei der Vertretung und Streiks) und einer Verengung der demokratischen Beteiligungsräume (Wahlreformen).

Ohne den Anspruch zu erheben, alle weiteren Schritte und Verschlechterungen der folgenden Jahrzehnte rekonstruieren zu wollen, wird völlig klar, dass die ausgegebene Losung, dass man „für die Entwicklung von Morgen, heute Opfer bringen müsse“, nichts als leere Versprechung und Täuschung war.

Das mit den unterzeichnenden Gewerkschaften vereinbarte Protokoll sah eine radikale Änderung der Arbeitsmarktregeln und des Managements von Beschäftigungskrisen vor: eine Überarbeitung der „cassaintegrazione“ (ähnlich wie Kurzarbeit), insbesondere, um sie für Unternehmensumstrukturierungen funktionsfähiger zu machen; eine erhebliche Besteuerung und Anhebung der Sozialversicherungsabgaben; eine Stärkung unterbezahlter Ausbildungs- und Arbeitsverträge; die Einführung von Flexibilität bei den Arbeitszeitregelungen und Zeitarbeit.

Über Jahrzehnte hinweg (vom „Treue“-Paket über das „Gesetz 30“ bis hin zum „Jobs Act“) haben Regierungen der Linken, Rechten und Technokraten ein Bündel an nachteiligen Reformen durchgeführt. Für die Arbeitnehmer folgte der Abbau von Schutzmaßnahmen als Gegenleistung für unterbezahlte und prekäre Arbeit, während den Unternehmen neue Erpressungsinstrumente und zusätzliche öffentliche Mittel mit dem Ziel der Anpassung an den internationalen Wettbewerb zur Verfügung gestellt wurden.

Wir befinden uns seit zu langer Zeit in einer Situation, in der soziale Stoßdämpfer nach einer Logik verwaltet werden, die dem kollektiven Interesse fremd ist, und zwar zunehmend fragmentiert und nach dem Modell der Versicherungen, mit einer immer schlechteren Abdeckung des notwendigen Einkommens. Die Verwendung prekärer und atypischer Arten von Arbeitsverträgen (von Zeitarbeit über befristete Arbeitsverhältnisse bis hin zur Reform des Vertragsgesetzbuches, die von der Regierung Meloni auf den Weg gebracht wurde) verbreitet und normalisiert sich.

Dreißig Jahre reaktionäre Politik, betrieben von linken und rechten Regierungen. Wir haben unsere Kämpfe und Forderungen mit den Auswirkungen dieser Faktoren auf die Lage unserer Klasse verknüpft.

Internationale Verschiebung der Machtverhältnisse

Die gesamte Menschheit durchläuft derzeit eine internationale Phase geprägt von einer beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Krise in den Ländern des entwickelten Kapitalismus. Es handelt sich um die Krise einer Produktionsweise, die ihre Entwicklungsgrenzen erreicht hat und sich auf politischer und militärischer Ebene in sich überschlagenden Ereignissen widerspiegelt.

Vom Krieg in der Ukraine über den Völkermord in Palästina bis hin zum Angriff auf den Iran, von den Spannungen im Chinesischen Meer bis hin zu denen zwischen Indien und Pakistan, vom Entkolonialisierungsprozess in Zentralafrika bis hin zu den tiefgreifenden Veränderungen in Lateinamerika – die Welt wird von einer Neuordnung der Machtverhältnisse erschüttert, die zu immer verheerenderen und destabilisierenden Kriegen zu führen droht.

Wir stehen vor einem Prozess tiefgreifender Veränderungen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg konsolidierten Machtstrukturen und Machtverhältnisse wurden zunächst durch das Ende der Sowjetunion und nun durch eine dramatische Krise der Hegemonie des westlichen Imperialismus infrage gestellt. Eine der Ursachen davon ist das Aufkommen mächtiger Konkurrenten, die sich um die als BRICS bekannte Gruppe von Weltwirtschaften zusammengeschlossen haben.

Der derzeitige Konflikt löst diese Krise offensichtlich nicht, sondern verschärft sie noch, was zu einer Fragmentierung der Produktionsstätten und Märkte führt. Damit verringern sich die Gewinnmargen großer multinationaler Unternehmen und folglich auch der Staaten und Regierungen, die durch die seit den 1980er Jahren bis heute verfolgte neoliberale Politik vollständig von solchen Unternehmen abhängig sind.

Die Ernennung Trumps im Weißen Haus ist zweifellos ein historischer Wendepunkt zwischen einem „Vorher“ und einem „Nachher“ dieses seit vielen Jahren andauernden Krisenprozesses im kapitalistischen Westen sowie der „Globalisierung“ der Märkte, die nach dem sogenannten Ende der Geschichte einsetzte, die der Kapitalismus als einziger Horizont ansah.

Die USA wollen nach Jahren des Rückgangs ihrer Hegemonie wieder eine neue Weltführerschaft erringen und gleichzeitig durch die Einführung von Zöllen versuchen, ihre kolossalen inneren Schulden auf Europa und Nachbarländer wie Mexiko abzuwälzen, mit denen sie einen Importüberschuss haben.

Die Kriegswinde, die ganze Regionen der Welt in ihren Grundfesten erschüttern, von Osteuropa bis zum Nahen Osten, die von den USA kontinuierlich geschürten Spannungen im Chinesischen Meer sowie die permanente Erpressung Lateinamerikas durch Embargos, Sanktionen und Destabilisierungsversuche gegen Kuba, Venezuela, Bolivien, Nicaragua und jede andere fortschrittliche Regierung sind Begleiterscheinungen einer tiefgreifenden Krise des kapitalistischen Modells. Dieses Wirtschafts- und Sozialmodell ist, wie in anderen historischen Epochen, bereit, die schlimmsten rechtsextremen Herrscher zu unterstützen, um weder das Zepter der imperialistischen Herrschaft noch seine multinationalen Konzerne und die Wirtschaftsmächte zu verlieren, die die Energiefonds in weiten Teilen des Planeten kontrollieren.

In Europa ist die Position der EU klar: Von der Leyen spricht seit drei Jahren von einer Ära der Hyper-Wettbewerbsfähigkeit. Der Draghi-Bericht vom September 2024 über die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Produktionssystems hat die Richtung vorgegeben: Alle Ressourcen müssen für den Wettbewerb eingesetzt werden, europäische Unternehmen in strategischen Sektoren müssen gestärkt werden, und es muss in die Kriegs- und Verteidigungsindustrie investiert werden. Das militärisch-industrielle System wird zum Motor einer möglichen wirtschaftlichen Erholung. Heute haben wir das Projekt „ReArm Europe“ und Draghis Aufruf in Coimbra, die alle deutlich auf Europas Bestreben nach strategischer Autonomie hinweisen, um im globalen Wettbewerb mehr Gewicht zu erlangen.

Natürlich wissen wir nicht, inwieweit die europäischen Pläne mit den inneren Widersprüchen zwischen den Ländern kollidieren werden.

In den letzten dreißig Jahren hat Italien stärker privatisiert, deindustrialisiert und Beschäftigungsverhältnisse weiter prekariert als andere europäische Ländern; es hat die Löhne gedrückt, Investitionen auf ein Minimum reduziert, den Binnenmarkt geschwächt, auf wissenschaftliche Forschung verzichtet und die Schulen auf das runtergespart, was wir jetzt vor Augen haben, und sich sogar des Wissens und der Ausbildung junger Menschen beraubt, in die es investiert hatte. Italien hat sich dort positioniert, wo die Europäische Union es haben wollte, nämlich auf äußerst niedrigem Niveau in der Arbeitsteilung der Produktion.

Italien hat wirklich eine Wut gegen die Armen und Schwachen gezeigt: Grundeinkommen, kein Zugang zu Gesundheitsversorgung, Unterdrückung der Einwanderer, Rentner, Wohnrechte.

Ressourcen für Krieg, Hungerlöhne, zunehmende Armut, Deindustrialisierung aller Bereiche, die nicht mit dem Militär- und Verteidigungsplan verbunden sind. Entwicklung nur in Sektoren wie dem Tourismus, wo die Löhne niedriger sind, die Arbeit prekär und die Ausbeutung hoch ist.

Die bestimmenden Elemente der gegenwärtigen historischen Phase sind der Krieg, die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Gesetze gegen das Recht auf Protest, die zu sozialen Konflikten führen. Ohne Aussicht auf Veränderung wird Krieg zunehmend zum einzigen gangbaren Weg für ein kapitalistisches System in der Krise. In Italien setzt die Regierung Meloni in perfekter Kontinuität zu früheren Regierungen und den Vorgaben der Europäischen Union weiterhin auf die Verschärfung sozialer Unterschiede, auf niedrige Löhne, auf Steuersenkungen für die reicheren Schichten und auf die Unterstützung der Ukraine und der völkermörderischen israelischen Regierung.

Wie die USB den Klassenkampf vorantreibt

Die USB als klassenorientierte Gewerkschaft steht an vorderster Front im Kampf gegen den Krieg, für die Unterstützung des palästinensischen Volkes und gegen den Terrorstaat Israel.

Wir haben Waffen in Häfen und Flughäfen blockiert, Demonstrationen, Initiativen und Streiks organisiert, sowohl allgemeine als auch branchenspezifische. Wir haben den Kampf gegen den Krieg und die Militärausgaben mit der Lage der Arbeitnehmer in Italien verknüpft. Wir arbeiten mit den anderen klassenorientierten Gewerkschaften zusammen, die Mitglieder des WFTU sind.

Unser Slogan „Senkt die Waffen, erhöht die Löhne“ macht nicht nur deutlich, was „jetzt“ getan werden muss, sondern auch, dass wir gegen ein System kämpfen müssen, das Krieg als einzigen Ausweg aus der Krise sieht. Heute ist dies der einzige Weg, den die Europäische Union und die italienische Regierung als Perspektive sehen. Ein Prozess der industriellen und wirtschaftlichen Umstellung, der ausschließlich mit dem Militär- und Verteidigungssystem verbunden ist, ist ebenfalls im Gange. Die Welt der öffentlichen Forschung und der Universitäten sieht das Militär als das vorherrschende Projektelement, ebenso wie die bevorstehende Finanzierung von Projekten durch die Europäische Union den Kriegssektor begünstigt.

Aus diesem Grund wird es immer wichtiger, durch Streiks und Demonstrationen Momente des Kampfes zu schaffen, ebenso wie es wichtig ist, das Bewusstsein der Arbeitnehmer für das Geschehen zu schärfen.

Erst vor wenigen Tagen war die USB Protagonist eines Generalstreiks zu diesen Themen (20. Juni 2025) und einer großen nationalen Demonstration (21. Juni 2025) zusammen mit anderen Verbündeten, bei der wir klar Nein zur NATO, Nein zum Krieg, Nein zur Wiederaufrüstung Europas und Stoppt den Völkermord am palästinensischen Volk und den Staat Israel sagten.

Was ich dargelegt habe, sind die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen, die den Weg für reaktionäre und faschistische Parteien und Bewegungen ebnen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir uns in einer reaktionären Wende befinden, in der faschistische Kräfte bereit sind, die Situation auszunutzen. Das offensichtlichste Element ist heute sicherlich die Wahlenthaltung (die in den PIGS-Ländern und Osteuropa sehr hoch ist).

Die fehlende Organisation der Arbeiterklasse begünstigt den Aufstieg der extremen Rechten weiter. Eine Arbeiterklasse, der es an Klassenbewusstsein und Bewusstsein für die wahren Ursachen des eigenen Unbehagens mangelt, ist empfänglich für die primitiven Sündenbock-Täuschungen, zum Beispiel durch die Panikmache über die Ankunft von Einwandererhorden oder durch die Behauptung, dass man für eine Erhöhung der Militärausgaben sein müsse, denn man muss gegen Russland sein, wenn man eine Klimaanlage haben will. In solchen Situationen ist es für die Rattenfänger der extremen Rechten ein leichtes Spiel, relevante Randgruppen der Arbeitswelt für sich zu gewinnen.